



170. Vollversammlung
der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien
26. April 2018

Antrag 1

Kopftuchverbot für Schülerinnen an den Volksschulen

Die Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien fordert folgendes:

Ende der populistischen Leuchtturmsatzungen auf Kosten einer Religionsgemeinschaft

Bundeskanzler Sebastian Kurz will ein Kopftuchverbot an Kindergärten und Volksschulen.

Abgesehen davon, dass für die Frauenbeauftragte der islamischen Glaubensgemeinschaft in Österreich, Carla Amina Baghajati, die Debatte über ein Kopftuchverbot in Kindergarten wie Volksschule kontraproduktiv ist, weil es statt auf „Verbote“ zu setzen vielmehr um Erkenntnisprozesse und Aufklärung geht, ist das Kopftuch für die gängige islamische Auslegung „gar nicht Thema“, denn dafür brauche es nach Fr. Baghajati „geistige und körperliche Reife“. Ein Verbot ist für die Community eine weitere populistische Aktion der Regierung.

Juristisch kann ein Verbot ganz einfach gegen die Grundrechte verstoßen. „Es ist ein Eingriff in die Religionsfreiheit und in die Privatheit der Kinder, aber auch der Eltern. Was ich anziehe, ist außerdem ein Teil meiner Meinungsäußerung“¹ Womit will der Staat diesen massiven Einschnitt juristisch argumentieren? Mit der nationalen Sicherheit?. Oder sei der Druck so groß, dass "Kinder ohne Verbot Schaden nehmen und man daher zum stärksten Mittel, dem Verbot, greifen muss?" Falls Ja, was ist mit anderen „Kleidungsstücken“ anderer Religionsgemeinschaften in Österreich?

Laut Verfassungsjurist Heinz Mayer hat der Bund bei Kindergärten diesbezüglich ohnehin nichts mitzureden, weil das Ländersache ist. Darüber hinaus bezweifelt auch Mayer, dass deshalb in die Religionsfreiheit eingegriffen werden darf.

Solange in Österreich die Kruzifixe an der Wand hängen, das Konkordat gibt und Religionsunterricht statt Ethikunterricht an den Schulen unterrichtet wird, erscheint die Forderung der Regierung sehr schnell scheinheilig und eher als ein populistisches „Bashing“ einer Religionsgesellschaft in Österreich.

Aus diesem Grund fordern wir als Liste Perspektive das Ende dieser populistischen Debatte und die Ablehnung dieses Vorhabens seitens der AK Wien.

Angenommen

Zuweisung

Ablehnung

Einstimmig

Mehrstimmig

¹ Vgl. Manfred Novak – Leiter des Ludwig-Boltzmann-Instituts für Menschenrechte aus dem Artikel des Standard vom 4. April 2018;

<https://mobil.derstandard.at/2000077254741/Was-fuer-ein-Kopftuchverbot-in-der-Volksschule-spricht-und-was>



170. Vollversammlung
der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien
26. April 2018

Antrag 2

Verschärfung für Arbeitslose

Die Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien fordert folgendes:

Keine weitere Verschärfung für Arbeitslose.

Das „Arbeitslosengeld neu“ der Regierung lässt eine weitere Verschärfung für Arbeitslose befürchten. Die im Wahlkampf oft benutzte Forderung für Arbeitslose, dass jemand, der länger eingezahlt hat, länger und mehr vom Arbeitslosengeld profitieren soll, ist heute schon im Arbeitslosenversicherungsgesetz vorhanden.

Arbeitslosigkeit ist, abgesehen von der oft gefühlten inneren Verbitterung, ein eklatanter finanzieller Einschnitt in das Leben der Menschen. Von der Regierung wird laut nachgedacht, dass künftig keine geringfügige Beschäftigung mehr parallel zum Bezug von Arbeitslosengeld mehr möglich sein soll. Jedoch ist aber genau eine parallele geringfügige Beschäftigung oft für viele Betroffene der letzte Ausweg, um während der Arbeitssuche finanziell zu überleben.

Wir als Liste Perspektive fordern die AK Wien auf die Möglichkeit der Geringfügigen Beschäftigung parallel zur Arbeitssuche auch in Zukunft für Arbeitslose abzusichern.

Angenommen

Zuweisung

Ablehnung

Einstimmig

Mehrstimmig



170. Vollversammlung
der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien
26. April 2018

Antrag 3

Berufstätige Studierende besser unterstützen an den Fachhochschulen

Die Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien fordert folgendes:

Flexibilisierung der Studienverlaufssysteme an den Fachhochschulen.

Der österreichische Fachhochschulsektor ist, seit er im Studienjahr 1994/95 begann, eine Erfolgsgeschichte. Jeder vierte Hochschulabschluss wird heute an einer Fachhochschule erworben.

Stammt man in Österreich aus einem AkademikerInnenhaushalt, ist in Österreich die Wahrscheinlichkeit, ein Hochschulstudium zu beginnen, noch immer im Durchschnitt dreimal so hoch (2010) als bei einer geringeren Schulbildung der Eltern, wobei diese Wahrscheinlichkeit im Durchschnitt im Jahr 1999 noch viermal höher war.

Damit Studierende aus schwächeren sozialen Schichten und Berufstätige mehr Chancen haben ein Studium abzuschließen bedarf es einer größeren Flexibilisierung des Studienverlaufssystems an den Fachhochschulen. Der Grund für die Verzögerungen im Studium liegt an den leichter auftretenden Verzögerungen im Studium, bedingt durch z.B. berufliche Umstände. Hierfür wird es strukturelle Veränderungen geben müssen.

Wir als Liste Perspektive fordern daher die AK Wien auf sich für eine Flexibilisierung der Studienverlaufssysteme an den Fachhochschulen einzusetzen, um die Anzahl, der vor allem berufstätigen Studienabbrecher, zu reduzieren.

Angenommen

Zuweisung

Ablehnung

Einstimmig

Mehrstimmig



170. Vollversammlung
der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien
26.April 2018

Antrag 4

Budgetkürzungen für das AMS

Die Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien fordert folgendes:

Langzeitarbeitslosigkeit - Beendigung der Kürzungen des Budgets für das AMS

Die Regierung will Kürzungen im Budget für das AMS. *„Jeder soll sein Teil beitragen um das Nulldefizit zu erreichen.“*

Wenn trifft diese Maßnahme am härtesten? Vor allem die Langzeitarbeitslosen! Die derzeit zu beobachtende Reduktion der Arbeitslosigkeit betrifft fast alle arbeitslosen Menschen, lediglich die Langzeitarbeitslosigkeit hinkt hinterher. Im Jahr 2017 ist die Zahl der Arbeitslosen mit einer Arbeitslosigkeitsdauer von über einem Jahr erneut gestiegen und war mehr als zehnmal so hoch wie noch vor der Finanz- und Wirtschaftskrise. Jeder rund sechste Arbeitslose in Österreich ist länger als ein Jahr arbeitslos. Das Risiko der Langzeitarbeitslosigkeit steigt mit zunehmenden Alter stark an. So weist den höchsten Anteil an den Langzeitarbeitslosen die Gruppe der 55- bis 64-Jährigen auf. Rund 31 Prozent der Langzeitarbeitslosen zählen zu dieser Altersgruppe.

Die hohe Langzeitarbeitslosigkeit ist vor allem eine ökonomische Konsequenz der Finanz- und Wirtschaftskrise und der Rezession der Folgejahre. Jene Menschen, die in der großen Rezession ihren Job verloren haben, hatten es in den Folgejahren aufgrund der extremen Knappheit an Arbeitsplätzen besonders schwer, einen Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt zu finden. Es wird in der Zukunft noch mehr verstärkte Maßnahmen des AMS gesetzt werden müssen, wie z.B. über Weiterbildungen (Schlagwort digitaler Strukturwandel) und Umschulungen um die Langzeitarbeitslosigkeit wenigstens nicht noch weiter steigen zu lassen. Größeren künstlichen Druck Sanktionsdrohungen auf die Langzeitarbeitslosen auszuüben wird nicht der Weg zum Erfolg sein.

Aus diesem Grund verlangen wir als Liste Perspektive ein Ende der Budgetstreichungen der Regierung beim AMS und die Wiederaufnahme einer aktiven Arbeitsmarktpolitik, besonders für Langzeitarbeitslose.

Angenommen

Zuweisung

Ablehnung

Einstimmig

Mehrstimmig



170. Vollversammlung
der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien
26. April 2018

Antrag 5

EU - Mercosur

Die Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien fordert folgendes:

Nein zum „Mercosur“ Abkommen

Die Verhandlungen zwischen der EU und Südamerika zum „Mercosur“ Abkommen sind am Laufen und wie man aus den Medien vernimmt, sollen sie ohne Rücksicht auf Umwelt- und Sozialstandards abgeschlossen werden. Wie schon von früheren Diskussionen zu Freihandelsabkommen bekannt ist, ist auch hier das europäische Vorsorgeprinzip nicht Teil des Vertrages. Die hohen europäischen Umwelt- und Konsumentenschutzstandards kommen, laut den Informationen in der Öffentlichkeit, bei einem Abschluss durch das Abkommen in Gefahr.

Großer Verlierer in Europa ist auf jeden Fall die heimische Landwirtschaft, die mit einer spottbilligen Produktionsweise, die keine Rücksicht auf Mensch und Umwelt nimmt, auf keinen Fall mithalten wird können.

Der größte Verlierer in Südamerika wird der Amazonasregewald sein:

Derzeit importiert Europa über 300.000 Tonnen Rindfleisch aus „Dritt – Staaten“ und bei einer Ausweitung der Quote infolge eines Handelsabkommens mit Südamerika würde auch in den Mercosur-Staaten das Abkommen massive ökologische Schäden anrichten.

Folgende Auswirkungen kann man schon jetzt Voraussagen:

- Export von Zuckerrohr, Soja und Ethanol – verstärkte Abholzung des Amazonas und eine Steigerung von Treibhaus-Emissionen durch verstärkte Viehzucht für den Export.
- Vergiftung von Mensch und Natur durch noch mehr Pestizideinsatz im Amazonasgebiet.
- Landvertreibungen der Menschen im Amazonasgebiet.

Aus diesem Grund fordern wir als Liste Perspektive ein „Nein“ der AK Wien zu einem Mercosur Abkommen in der derzeitigen, in den Medien veröffentlichten Form.

Angenommen <input type="checkbox"/>	Zuweisung <input type="checkbox"/>	Ablehnung <input type="checkbox"/>	Einstimmig <input type="checkbox"/>	Mehrstimmig <input type="checkbox"/>
-------------------------------------	------------------------------------	------------------------------------	-------------------------------------	--------------------------------------



170. Vollversammlung
der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien
26. April 2018

Antrag 6

Westbahn

Die Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien fordert folgendes:

Einigung zwischen privaten Eisenbahnunternehmen und dem Verkehrsverbund Ostregion vor einer Eisenbahntrassenvergabe im Sinne des öffentlichen Verkehrsteilnehmers.

Seit dem Fahrplanwechsel am 10. Dezember 2017 ist die private Westbahn AG mit zwei Linien von Wien nach Salzburg unterwegs. Reisende in Wien können von den folgenden Stationen in Züge der Westbahn AG ein- bzw. aussteigen:

- Wien Hauptbahnhof
- Wien Hütteldorf
- Wien Meidling
- Wien Mitte
- Wien Praterstern
- Wien Quartier Belvedere
- Wien Rennweg
- Wien Westbahnhof

Die Westbahn AG ist zwar Mitglied im Oberösterreichischen Verkehrsverbund (OÖVV). Für alle Verbindungen in OÖ werden Einzeltickets OÖVV im Zug verkauft. Das ist in Wien derzeit nicht möglich, da die Westbahn AG nicht im Verkehrsverbund Ost ist. Das billigste Ticket ist die Strecke bis nach St. Pölten aus Fahrtrichtung nach Salzburg aus. Eine Fahrt vom Praterstern nach Wien Mitte ist derzeit um günstige „8,90“ Euro möglich.

Wir als Liste Perspektive fordern die AK Wien auf eine Einigung zwischen dem „VOR“ und privaten Eisenbahnunternehmen vor einer Vergabe von Trassen innerhalb des Wiener Stadtgebietes in der Zukunft einzufordern, da ansonsten es nicht möglich ist, ein Ticket bei diesen Eisenbahnverkehrsunternehmen für die Strecke innerhalb von Wien zu kaufen.

Angenommen <input type="checkbox"/>	Zuweisung <input type="checkbox"/>	Ablehnung <input type="checkbox"/>	Einstimmig <input type="checkbox"/>	Mehrstimmig <input type="checkbox"/>
-------------------------------------	------------------------------------	------------------------------------	-------------------------------------	--------------------------------------



170. Vollversammlung
der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien
26. April 2018

Antrag 7

Ausbau der Kinder Ferienbetreuung

Die Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien fordert folgendes:

Ausbau einer ausreichenden Kinderbetreuung auch während der Ferienzeiten.

In mehr als 68 Prozent der österreichischen Familien werden, laut einer Studie der „Akonsult“, die Kinder in den Sommerferien von den Großeltern betreut. Familien schaffen die Betreuung ihrer Kinder in den Sommermonaten in den meisten Fällen nur mit Unterstützung der eigenen Eltern oder Schwiegereltern. "Ergänzend dazu wird ein nicht unbeträchtlicher Anteil an bezahlten Betreuungsmöglichkeiten wie Sommercamps, Kindermädchen, Hort et cetera in Anspruch genommen", so Kristin Allwinger von Akonsult.²

Eine immer wieder geführte Diskussion über die Verkürzung der Sommerferien ändert nichts an der Misere, in der sich viele Familien derzeit befinden. 73,5 Prozent der Eltern kommen laut der Studie mit ein bis zwei Betreuungsmöglichkeiten aus, ein Viertel benötigt drei, der Rest sogar vier verschiedene Betreuungsmöglichkeiten um mit ihren Kindern die Ferienzeit zu „überstehen“.

Zusätzlich sind die Kosten von bis zu 650 Euro monatlich für viele Eltern nicht einfach zu finanzieren. Für 44 Prozent reißen die Ausgaben für die sommerliche Versorgung der Kinder ein spürbares Loch ins Haushaltsbudget.

Der Ausbau von ausreichend öffentlichen Kinderbetreuungsmöglichkeiten und die damit verbundene Zukunft unserer Kinder muss uns das wert sein. Zusätzlich schaffen diese Investitionen neue nachhaltige Arbeitsplätze.

Wir als Liste Perspektive fordern aus diesem Grund einen sofortigen aus Bundesmitteln finanzierten flächendeckenden ausreichenden Ausbau der Kinderbetreuungsmöglichkeiten in Österreich.

² Zitat: <https://derstandard.at/2000059525472/Kinderbetreuung-im-Sommer-In-zwei-Drittel-der-Faelle-helfen-Oma>



Angenommen

Zuweisung

Ablehnung

Einstimmig

Mehrstimmig